

von 3,8 kg im Jahre 1980 auf 6,3 kg im Jahre 1986. Ein westlicher Landwirtschaftsexperte sagte voraus, daß die gesamte Rohzuckerproduktion in China von 5,77 Mio. t im Erntejahr 1986/87 auf 5,3 Mio. t im Erntejahr 1987/88 fallen werde. Dies sei das Ergebnis von verringerten Anbauflächen von Zucker.

Der Rückgang ist auch zurückzuführen auf die abnehmende Profitabilität des Anbaus von Zucker. Der inländische Zuckerpreis blieb die letzten zwanzig Jahre unverändert, und im Jahre 1987 zogen es die Bauern vor, eher Getreide, Früchte und Gemüse denn Zucker anzubauen. Die Gewinne für den Anbau von Zucker sind geringer als für andere Kulturen, so ein westlicher Beobachter. Deshalb sind die Bauern nicht an der Produktion interessiert.

Für das Erntejahr 1988/89 sollen nach einer Anordnung des Staatsrats die Ankaufpreise sowohl für Zuckerrohr als auch für Zuckerrüben angehoben werden. Des Weiteren sollen die Bauern Subventionen für den Anbau erhalten. Auf der anderen Seite sei, so ein Experte, die Regierung nicht gewillt, den Verkaufspreis für Zucker zu erhöhen, und zwar wegen möglicher inflationärer Wirkungen. (XNA, 31.3.88; Financial Times, 29.3. und 15.4.88) -lou-

\*(33)

#### Bauern beschäftigen Hausmädchen

Mit Hilfe des lokalen Frauenverbandes haben mehr als 100 Familien aus dem 600 Haushalte großen Dorf Baqiao in der Provinz Sichuan Hausmädchen angestellt. Ein Hausmädchen, das aus einer armen gebirgigen Gegend stammte, erklärte, daß das Monatsgehalt von 30 Yuan nicht viel sei, ihr Arbeitgeber behandle sie aber sehr gut.

Wie ein Funktionär des Dorfes erklärte, sei die Praxis, daß die Männer draußen arbeiten und die Frauen zu Hause bleiben, in China Tausende von Jahren alt. Doch mit der Entwicklung der Farmwirtschaft in den letzten Jahren hätten immer mehr Hausfrauen aus der Küche entfliehen und Arbeitsplätze in dörflichen Unternehmen finden können.

Bis heute hätten die Hälfte der Arbeiter im Dorf Baqiao die Felder verlassen, um an der Produktion

außerhalb der Landwirtschaft teilzunehmen. Deswegen verdienten heute nahezu 20% der Haushalte in dem Dorf mehr als 10.000 Yuan im Jahre 1987. Das gestiegene Familieneinkommen habe diese Familien in die Lage versetzt, Hausmädchen anzustellen. (XNA, 6.4.88) -lou-

---

## Taiwan

---

\*(34)

#### Strafmilderungen für 28.659 Häftlinge

Zum Gedenken an den verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) am 100.Tag nach seinem Tode, dem 22.April, hat die Regierung umfangreiche Strafmilderungen für Häftlinge erlassen. Die Todesstrafen wurden in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt und die lebenslänglichen Haftstrafen auf 10-15jährige herabgesetzt. Alle übrigen Freiheitsstrafen wurden um jeweils ein Drittel bis zur Hälfte reduziert. Von diesen Gnadenerlassen ausgeschlossen sind die kommunistischen Rebellen, ein Teil der schweren Gewalt- und Rückfalltäter sowie die zur Umerziehung verurteilten jugendlichen Verbrecher. (ZYRB, 17. und 22.4.88)

Insgesamt sind 28.659 Personen von dieser Maßnahme betroffen, davon 22.039 in Zivil- und 6.630 in Militär-Gefängnissen. Auch 31 unter der Anschuldigung des "Hochverrats" inhaftierte Dissidenten stehen auf der Begnadigungsliste. 11 von ihnen hatten am 22.April die Bedingungen zur sofortigen Entlassung aus der Haft erfüllt und die berüchtigte "Grüne Insel" (Lüdao) für politische Häftlinge und Schwerverbrecher verlassen. Einer von ihnen namens Bai Yacan weigerte sich zuerst, die Begnadigung zu akzeptieren, mit dem Argument, daß er von Anfang an unschuldig gewesen sei. Er war 1975 zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden aufgrund einer Forderung im Wahlkampf an den damaligen Ministerpräsidenten Jiang Jingguo, seine Vermögensverhältnisse offenzulegen und nach dem Tode seines Vaters Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) Erbschaftssteuer zu entrichten. Bai wird nach eigenen Worten auch in Zukunft weiter politisch aktiv bleiben. (CP und LHB, 23.4.88) -ni-

\*(35)

#### Oppositionsresolution über die Unabhängigkeitsfrage Taiwans

Am 17.April hat die stärkste Oppositionspartei Taiwans, Minzhu Jinbu-dang (Demokratische Fortschrittspartei, im folgenden MJD), auf einer außerordentlichen Tagung in Gaoxiong (Kaohsiung) eine Resolution verabschiedet, in der der Standpunkt der Partei zum politischen Status sowie der Zukunft der Insel nachdrücklich zum Ausdruck gebracht wird: Taiwan besitze international eine unabhängige Souveränität und gehöre nicht "der Volksrepublik China mit der Hauptstadt Beijing" an. "Die Partei wird es befürworten, daß Taiwan unabhängig sein soll, wenn die Guomindang [Kuomintang, also die Regierungspartei Taiwans] und die KPCh [Beijing] einseitig über Frieden verhandeln, wenn die Guomindang die Interessen der Bevölkerung von Taiwan verrät, wenn die KPCh eine Vereinigung mit Taiwan durchführt und wenn die Guomindang keinen richtig demokratischen und konstitutionellen Kurs in der Politik verfolgt."

Ferner bekräftigte die MJD in der Resolution, daß die 19 Mio. Einwohner Taiwans das Recht auf Selbstbestimmung über ihre Existenz und Entwicklung hätten. Sie appellierte an die USA, Japan und andere Weltmächte, Taiwan nicht als Karte für eine Koalition mit China gegen die Sowjetunion auszuspielen, politische und diplomatische Beziehungen zu Taiwan wiederherzustellen und Taiwans Existenzrecht in der internationalen Gemeinde zu respektieren. (Taiwan Gonglun-bao, Gardena, 21.4.88)

Innerhalb der MJD gibt es erhebliche Meinungsunterschiede zur Taiwan- oder China-Politik. Während der eine Flügel mit der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung (Verzicht auf die von der Regierung beanspruchte Alleinvertretung für ganz China) sympathisiert, besteht der andere auf eine Wiedervereinigung Taiwans mit dem chinesischen Festland. Der Flügel der Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegung teilt sich noch in eine radikale und eine gemäßigte Gruppe. Auf dem 2.Parteitag am 9. und 10.November vorigen Jahres hatte die radikale Gruppe eine Satzungsänderung vorgeschlagen, die lautete: "Die Bevölkerung hat die Freiheit, Taiwans Unabhängigkeit

zu befürworten." Nach heftigen und langen Diskussionen einschließlich blutiger Handgreiflichkeiten wurde ein Kompromißantrag mit 177 gegen 6 Stimmen angenommen, nämlich statt einer Satzungsnovelle die Bekundung in einem Beschluß zu fassen. Zugleich wurde das Zentrale Exekutivkomitee beauftragt, die Meinung der Parteimitglieder über diese Frage zu ermitteln und zu prüfen, ob man der Parteisatzung die Klausel von der "Unabhängigkeit Taiwans" hinzufügen soll (siehe dazu C.a. November 1987, S.857, Ü 42).

Die neue Resolution ist ein weiterer Kompromiß zu der gleichen Frage nach wiederholten scharfen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Flügeln und Gruppen auf der außerordentlichen Tagung der MJD. Außerdem wurde der Antrag auf Satzungsnovelle nochmals zur "eingehenden Prüfung" an eine Sonderkommission weitergereicht. Somit ist der Partei eine erneute Spaltung erspart geblieben.

Die Regierung, die die MJD nach wie vor als eine illegale Partei ansieht und die Bewegung für einen unabhängigen Staat Taiwan verbietet, zeigt sich bislang abwartend, solange die MJD keine offenkundige Sympathiebezeugung für die taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung in ihre Parteisatzung einfügt.

Am 16. Januar d.J. hatte das Oberste Gericht Taiwans zwei radikale Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegung, Cai Youquan und Xu Caode, unter der Anschuldigung des Hochverratsversuchs zu 11 bzw. 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Sie wurden dafür verantwortlich gemacht, am 30. August 1987 in das Statut einer Organisation ehemaliger internierter Dissidenten, dem "Klub politisch Unterdrückter", einen Satz mit dem Wortlaut eingeschoben zu haben: "Taiwan soll unabhängig werden". Cai gehörte zur Zeit seiner Verhaftung im letzten Oktober dem Ständigen Ausschuß des Beirats der MJD an. Am 22. April d.J. wurde das Urteil gegen ihn und Xu wegen eines Verfahrensfehlers vom höchsten Gericht aufgehoben und zur Wiederaufnahme der Verhandlung an das Oberste Gericht zurückgegeben. Dies wird als eine Bereitschaft der Regierung verstanden, den Prozeß neu zu überdenken. (Taiwan Gonglun-bao, Gardena, 28.4.88). -ni-

### \*(36) Rückkehr in die Asiatische Entwicklungsbank

Erstmals nach zweijährigem Fernbleiben sandte Taiwan wieder eine Delegation zur Teilnahme an der 21. Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank/ADB), die vom 28. bis 30. April in der philippinischen Hauptstadt Manila stattfand. Taiwan gehört diesem internationalen Geldinstitut seit dessen Gründung im Jahre 1966 an. Im März 1986 hatte die ADB, um die Aufnahme der VR China als neues Mitglied zu ermöglichen, Beijings Wunsch entsprechend den offiziellen Namen Taiwans umgeändert von "Republik China" in "Taipei, China", da sowohl die Regierung in Beijing als auch die in Taipei die "Zwei-China-Theorie" ablehnen und jeweils Alleinvertretung für ganz China beanspruchen. (s. dazu C.a. März 1986, S.151 ff., Ü 36)

Als Antwort auf diese Maßnahme der ADB, die Taipei damit zu einer lokalen Vertretung Chinas degradiert hatte, beschloß Taiwan damals eine Politik der sog. "Drei-Nein-Prinzipien", d.h. "Nein" zur Akzeptierung der neuen Namen, "Nein" zum Austritt und "Nein" zur Beteiligung an weiteren Sitzungen der ADB unter dem neuen Namen.

Diese Politik wurde nun durch die Anwesenheit der Delegation aus Taiwan auf der neuen Jahrestagung der ADB in Manila korrigiert. Zum erstenmal saßen zwei chinesische Regierungsdelegationen an einem internationalen Konferenztisch. Um einen Repräsentationsstreit der beiden chinesischen Seiten zu vermeiden, hatte die ADB im März 1986 beschlossen, auf das Aufstellen von Nationalflaggen aller Mitgliedsstaaten zu verzichten. Bei ihrem Auftritt zur neuen Jahrestagung erschienen die Delegierten aus Taiwan demonstrativ mit dem durch einen weißen Zettel zugeklebten Namen von "Taipei, China" auf der Teilnehmer-Identitätskarte und mit dem an der Brust befestigten Abzeichen der nationalen Flagge der Republik China. Neben das Delegationsschild "Taipei, China" auf dem Konferenztisch stellten sie ein anderes Schild mit der Aufschrift "Under protest" (unter Protest). In seiner Rede protestierte der Chefdelegierte aus Taiwan, der Zentralbank-Direktor Zhang Ji-

zheng, nochmals gegen die Namensänderung seiner Regierung durch die ADB. (ZYRB, LHB u. CP, 28.4.-1.5.88)

Außer verbalen Protesten der chinesischen Delegation aus Beijing und Mahnungen der ADB gegen die Verletzung der Regeln durch "Taipei, China" ist jedoch auch ein historischer Auftakt von neuen chinesisch-chinesischen Beziehungen über die Bühne gegangen, obwohl beide Delegationen in Manila überhaupt nicht miteinander gesprochen haben. Man ist gespannt, ob Taiwan an der nächsten Jahrestagung teilnehmen wird, die 1989 ja in Beijing stattfinden soll. -ni-

### \*(37) Exportüberschuß und Devisenreserven deutlich zurückgegangen

Im März 1988 sind die Exporte Taiwans nach amtlichen Statistiken mit einem Wertvolumen von 4.513 Mio.US\$ gegenüber dem Vergleichsmonat des vorigen Jahres zwar um 10,9% gestiegen, die Importe hatten jedoch mit 4.350 Mio.US\$ eine noch höhere Zuwachsrate von 67,6% zu verzeichnen. Dadurch ist der Exportüberschuß auf 163 Mio.US\$ gesunken, d.h. der tiefste Stand seit fünf Jahren; im Februar hatte er noch bei 990 Mio.US\$ gelegen und vor einem Jahr bei 1.450 Mio.US\$. (LHB, 7.4.88; FCJ, 18.4.88)

Die Handelsbilanz des ersten Quartals wies mit einem Exportvolumen von über 13.700 Mio.US\$ (+21,9% beim Jahresvergleich) und einem Importvolumen von über 11.500 Mio.US\$ (+63%) ebenfalls einen deutlich niedrigeren Überschuß von 2.220 Mio.US\$ im Vergleich zu dem Ergebnis von 4.180 Mio.US\$ vor einem Jahr auf. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung wird für das ganze Jahr ein Exportüberschuß von unter 10 Mrd.US\$ erwartet, im letzten Jahr waren es 19,03 Mrd.US\$. Aufgrund des geringeren Exportüberschusses fielen die Devisenreserven der Zentralbank in den ersten drei Monaten d.J. um 2 Mrd.US\$ auf 74,8 Mrd.US\$ und Mitte April weiter auf 74,4 Mrd.US\$. (LHB, 17.4.88)

Neben dem Handelsfaktor haben der Kapitalabfluß infolge des Aufwertungsstopps der taiwanesischen Währung und die drastische

Steigerung der Ausgaben im Fremdenverkehr nach der Öffnung von Reisen zum Besuch enger Verwandten auf dem chinesischen Festland seit dem letzten November den Abbau der Zentralbank-Devisenreserven mitbewirkt. Der Neue Taiwan-Dollar, der gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen zwei Jahren um 41% aufgewertet worden war, hat im ersten Quartal d.J. 0,8% an Außenwert verloren. (LHB, 17.4.88)

Vom Trend der Auftragseingänge her gesehen herrscht im Export weiter Optimismus. Nach zwei Rückgängen in Folge von 4.676 Mio.US\$ (Dez. 1987) auf 4.457 Mio.US\$ im Januar und auf 4.152 Mio.US\$ im Februar sind im März wieder Aufträge in einer Rekordhöhe von rd. 5 Mrd.US\$ eingegangen, d.h. 710 Mio.US\$ oder 16,64% mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. (LHB, 21.4.88) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(38)

### Erster Entwurf des Grundgesetzes für Hongkong veröffentlicht

Am 28. April wurde der erste Entwurf des Grundgesetzes für die chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong ab 1997 zur allgemeinen Diskussion veröffentlicht (DGB, 30.4.-2.5.88). Der Text, der von einer aus Vertretern von Beijing und Hongkong gebildeten 58-köpfigen Kommission fast drei Jahre lang ausgearbeitet wurde, besteht aus einer Präambel, 10 Kapiteln mit 172 Artikeln sowie drei Anhängen.

1984 wurde zwischen London und Beijing eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die britische Kolonie Hongkong 1997 an China zurückzugeben. Die chinesische Regierung verpflichtet sich in der Vereinbarung, Hongkong den Status einer Sonderverwaltungszone mit hoher Autonomie zu gewähren und ein Grundgesetz auszuarbeiten, das die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftssystems und der Lebensweise für 50 Jahre garantieren soll (siehe dazu Yu-Hsi Nieh, "Chine-

sisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in C.a. Sept. 1984, S.528 ff. u. Dez. 1984, S.721 f., Ü 59).

Bei der Ausarbeitung des ersten Entwurfs für das Grundgesetz konnte die Kommission die meisten Artikel im Geist der sino-britischen Vereinbarung ohne große Schwierigkeiten beschließen. In der Grundsatzfrage der Regierungsform ist jedoch noch kein Konsensus gefunden. Uneinigkeit herrscht über die Art und Weise der Wahl des Regierungschefs und der Mitglieder des Gesetzgebungsorgans, ob sie direkt oder indirekt gewählt und wie die erste Regierung der SVZ 1997 gebildet werden sollen. Statt eines Beschlusses werden in den Anhängen verschiedene Modelle aufgeführt.

Zwischen Juni und September dürfen die Einwohner Hongkongs weitere Vorschläge der Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes einreichen. Es wird erwartet, daß die endgültige Fassung des Grundgesetzes erst 1990 vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedet werden wird. (TKB, 5.5.88) -ni-

\*(39)

### Ausfuhrwert der einheimischen Produkte Hongkongs zurückgegangen

Im März sind die Exporte einheimischer Produkte Hongkongs nach vorläufigen offiziellen Statistiken gegenüber dem vorjährigen Vergleichsmonat um 3% auf 14.052 Mio.HK\$ (rd. 7,80 HH\$ = 1 US\$) gefallen. Da aber die Exporte im Transithandel im gleichen Zeitraum um 34,1% auf 18.590 Mio.HK\$ stiegen, hatten die Gesamtexporte mit 32.642 Mio.HK\$ noch eine Zuwachsrate von 15,2% zu verzeichnen. Andererseits lag der Gesamtwert der Importe mit 37.246 Mio.HK\$ 21,2% höher als vor einem Jahr. Die Handelsbilanz vom März wies daher ein Defizit von 4.604 Mio.HK\$ auf, was 12,4% des Gesamtimportwerts entspricht, im Vergleichsmonat des Vorjahres gab es ein Defizit von 2.384 Mio.HK\$, 7,8% des Gesamtimportwerts.

Im ersten Quartal d.J. lag das Handelsdefizit bei 1.830 Mio.HK\$ (1,9% des Importwerts), das ist niedriger als das Defizit vom gleichen Zeitraum des Vorjahres in Höhe von 3.354 Mio.HK\$ (4,3%

des Importwerts). Während der Gesamtimportwert um 26,2% auf 98.867 Mio.HK\$ stieg, lag der Gesamtexportwert mit einer Zuwachsrate von 29,4% bei 97.037 Mio.HK\$, wovon 44.169 Mio.HK\$ (+14,6%) auf einheimische Produkte und 52.868 Mio.HK\$ (+44,9%) auf Transitgüter entfielen.

Der rückläufige Trend bei Ausfuhr einheimischer Produkte einerseits und der anhaltende Aufschwung der Ausfuhr im Transithandel andererseits sind nach Darstellung der Behörden auf die zunehmende Umsiedlung von Fabriken nach China aufgrund des Arbeitskräftemangels in Hongkong zurückzuführen. (DGB, 28.4.88) -ni-

\*(40)

### Niedrige Arbeitslosenquote und höhere Löhne in Hongkong

Die Arbeitslosenquote in Hongkong betrug für Dez. 1987 bis Febr. 1988 saisonbereinigt 1,6%, nach 1,9% im Dreimonatszeitraum davor sowie 2% vor einem Jahr. Insgesamt hatten 44.600 Personen keine Beschäftigung und 22.700 (0,8%) keine Vollbeschäftigung. Die sinkende Arbeitslosenquote spiegelt die Situation des Arbeitskräftemangels wider. (DGB, 18.4.88)

Infolge der fehlenden Arbeitskräfte erhöhten sich die Löhne schneller - im Dezember 1987 hatten sie beim Jahresvergleich eine nominelle Steigerung von 9,8% zu verzeichnen - lagen aber inflationsbereinigt real nur 2,2% höher als vor einem Jahr. Mit 12,6% (nominal) hatten die Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel, Im- und Export und in der Gastronomie die höchste Lohnsteigerung; ihnen folgten Haushaltshilfskräfte mit 10,1% und Industriearbeiter mit 9,3%.

Hongkongs Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichte im vorigen Jahr 40.474 HK\$ (umgerechnet 5.188 US\$), 11,9% mehr als 1986 im Nennwert. (TKB, 21.4.88) -ni-